

Wahlkampf und Wirklichkeit

Hollande, Merkel und die politischen Herausforderungen

Volker Kronenberg*

» Gewiss, Geschichte wiederholt sich nicht. Und doch fühlt sich der zeithistorisch kundige Beobachter der französischen *République en rose* des Frühsommers 2012 unwillkürlich an den Beginn der 1980er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts erinnert. So, wie die Wahl und die Amtsübernahme François Mitterrands 1981 eine Zäsur in der Geschichte der Fünften Republik markierten, wird der Amtsantritt des zweiten sozialistischen Präsidenten der Fünften Republik, François Hollande, samt des darauffolgenden Triumphs der Sozialisten bei der Wahl zur französischen Nationalversammlung zur Zäsur der französischen Politik nach Nicolas Sarkozy (v)erklärt.

Après la campagne, les réalités

Dans la mesure où elle représente une césure après la politique menée par leurs prédécesseurs réciproques et annonce des temps nouveaux dans la manière de gouverner, l'élection présidentielle du socialiste François Hollande en mai 2012 rappelle celle de François Mitterrand en mai 1981.

Mais une question domine désormais les esprits : Le détenteur du pouvoir va-t-il changer le pouvoir ? Ou bien le pouvoir va-t-il changer celui qui le détient désormais ? Réd.

angekommen. Es darf gerätselt und kann doch fast als rhetorische Frage angesehen werden: Wer wird wen stärker verändern: Der Inhaber das Amt oder das Amt den Inhaber?

Das Vermächtnis der „Sphinx“ im Elysée

Zunächst: Die zeithistorische Reminiszenz an Hollandes Vor-Vor-Vorgänger ist durchaus erwünscht, erinnern doch programmatische Versprechungen des Wahlkampfes und erste regierungsamtliche Entscheidungen klar an die Agenda Mitterrands. Propagiert dieser – der seinerzeit ebenfalls, wie heute Hollande zu Sarkozy, auf große Distanz zu Habitus und Stil seines Vorgängers Giscard d'Estaing ging – administrativ unterstützt durch eine sozialistisch-kommunistische Regierung unter Leitung seines Premierministers Pierre Mauroy, ein keynesianisch-nachfrageorientiertes Programm der Senkung des Renteneintrittsalters sowie der Arbeitszeit, eine Schaffung neuer Stellen im öffentlichen Dienst sowie eine expansive Geldpolitik, so zählte es zu den ersten Maßnahmen des neugewählten sozialistischen Präsidenten Hollande, die von seinem Vorgänger beschlossene Erhöhung des Renten-

Ein Blick zurück, nicht nur auf die Entwicklung der Präsidentschaft Mitterrands, sondern darüber hinaus auf die Bedeutung der deutsch-französischen Beziehungen in und für Europa seit den Anfängen de Gaulles und Adenauers, mag Hinweise geben auf staatspolitische Notwendigkeiten und Herausforderungen, mit denen der neue französische Präsident fortan konfrontiert ist. Der Wahlkampf ist vorbei und Hollande ist als frisch gewählter, als dezidiert „normaler“ Präsident in der Wirklichkeit des Elysée-Palastes samt dessen historischem Ornament und zeremoniellem Pomp

* Professor Dr. Volker Kronenberg ist Akademischer Direktor am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn.

eintrittsalters von 60 auf 62 Jahren rückgängig zu machen. Doch nicht nur dieses Signal sollte das dezidiert soziale Profil der neuen sozialistischen Regierung markieren. Verstärkt wurde dies durch die präsidial angeregten Entscheidungen der Nationalversammlung, die Gehälter von Präsident, Premierminister und Ministern um 30 % zu kürzen, eine Sonderabgabe zur Vermögenssteuer für große Vermögen von mehr als 1,3 Millionen Euro einzuführen sowie die von der Vorgängerregierung beschlossene Erhöhung der Mehrwertsteuer zurückzunehmen. Die Botschaft des Staatspräsidenten Hollande an die Franzosen war eindeutig: Man will halten, was man im hitzigen Wahlkampf versprochen hat, man will sich abgrenzen von dem Amtsvorgänger, von Substanz und Rhetorik seiner Politik, ganz wesentlich auch von seinem Stil und der inszenierten Aura – und will damit die sozialistische Tradition, das Vermächtnis Mitterrands, pflegen und fortführen.

Dass zu diesem Vermächtnis weit mehr gehört als jene vermeintlichen Wohltaten, für die Mitterrand und sein erster Premierminister seit 1981 standen, weiß ebenfalls jeder zeithistorisch Kundige. Denn schon zwei Jahre später, im März 1983, warf die französische Regierung, angeführt von Premierminister Jacques Delors, mit einem *plan de rigueur* „das Ruder scharf herum“, wie Andreas Wirsching rückblickend festgestellt hat. Und wie stark hatte sich doch François Mitterrand, retrospektiv gerne als „Sphinx“ bezeichnet, über seine zwei Amtszeiten als Präsident verändert? Vom Furor des linken Aufbruchs am Anfang der ersten war am Ende der zweiten Amtszeit jedenfalls nichts mehr übrig geblieben. Im Gegenteil. Und dennoch, oder womöglich gerade deshalb, stellt sich der neue sozialistische Präsident in die Tradition des alten. Dazu passt, dass manche der gerade von Hollande angestoßenen und vom Parlament beschlossenen Maßnahmen vor allem symbolpolitischer Natur sind: Weder leistet die Gehaltskürzung für die Amtsträger an der Spitze des Staates einen finanziell substantiellen Beitrag zu der dringend notwendigen Konsolidierung der französischen Staatsfinanzen, noch kommt die Rücknahme der Erhöhung der Lebensarbeitszeit einem Großteil der französischen Bürgerinnen und Bürgern zugute – im Gegenteil: gerade ein-

mal 110 000 Franzosen kommen in diesen „Genuss“, ist er doch gekoppelt an eine notwendige Beitragszeit von 41 Jahren, die man mindestens in die Rentenkasse eingezahlt haben muss. Dennoch loben die Schlagzeilen der Tageszeitungen in Frankreich und Europa, François Hollande löse „*seine ersten Versprechen ein*“ – und genau um diese publizistische Resonanz geht es dem neugewählten Staatspräsidenten. Zumal er weiß, dass er keineswegs sämtliche Versprechen, die er während der harten Wahlkampfauseinandersetzung mit Nicolas Sarkozy formuliert hat, wird einlösen können, darunter sogar zentrale Wahlkampfversprechen. Tatsache ist: Die Zeit der Versprechen, des Wahlkampfs, der teils bewusst vagen Aussagen und wolkigen, wohlklingenden Formeln ist mit der aus Sicht Hollandes erfolgreich verlaufenen Parlamentswahl endgültig vorbei, der harte Boden der Wirklichkeit inzwischen erreicht. Nach einem Auftakt der Einlösung von manchem – symbolpolitischen – Wahlversprechen folgt nun die lange (Durst-)Strecke des Regierens unter dem Zwang diverser Notwendigkeiten. Zumal und vor allem unter dem Zwang der Notwendigkeit substantiell sparen, d. h. den französischen Haushalt konsolidieren, das riesige Staatsdefizit (über 85 % des französischen BIP) in Angriff und die heimische Wirtschaft auf Innovations- und Wachstumskurs bringen zu müssen. Damit unmittelbar verbunden – im Sinne einer europäischen Innenpolitik – sind die enormen Herausforderungen, mit denen sich die neue sozialistische Staatsspitze auf europapolitischem Gebiet konfrontiert sieht. François Hollande hat über Monate hinweg ganz offensiv die Abgrenzung zu Nicolas Sarkozy auf dem Feld der Europapolitik gesucht und diese Abgrenzung mit einem dezidierten *Non* zu dem bereits verhandelten und unterzeichneten Fiskalpakt mit seinen Sparzwängen markiert. Zwar hat Hollande sich erfolgreich gegen eine konstitutionell verankerte „Schuldenbremse“ nach deutschem Vorbild gewehrt und stattdessen ein „*grundlegendes Gesetz*“ (*loi organique*), das in der französischen Normenhierarchie freilich über den normalen Gesetzen, aber unterhalb der Verfassung steht, durchgesetzt. Ob er aber ganz grundsätzlich seinen dezidierten Kurs der europapolitischen Abwendung von der

Regierungszeit Sarkozy und der damit verbundenen Abgrenzung vom Kurs der Regierung Merkel fortsetzen kann, steht dahin. Erhebliche Skepsis ist angebracht. Nicht nur in Reminiszenz an den bereits 1983 erfolgten Schulterchluss zwischen dem sozialistischen Präsidenten Mitterrand und dem christdemokratischen Bundeskanzler Kohl mit der Konsequenz eines erheblichen integrationspolitischen Fortschritts der EG hin zur EU, an den sich Hollande als damaliger Berater Mitterrands natürlich gut erinnert, sondern vor allem angesichts der akuten (Vertrauens-)Krise, in der sich die Europäische Union im Lichte der Finanz- und Wirtschaftskrise mehrerer Euro-Staaten derzeit befindet.

Zum Gleichklang verpflichtet

François Hollande weiß, ebenso wie Angela Merkel, die im französischen Wahlkampf voll auf die Wiederwahl ihres Parteifreundes Sarkozy gesetzt und einen Terminwunsch des sozialistischen Kan-

Einigung Anfang der fünfziger Jahre des 20. Jahrhunderts nicht bestanden werden kann. Frankreich und Deutschland sind aufeinander angewiesen, gewissermaßen zum Gleichklang verpflichtet. Denn zu groß sind die politisch-ökonomischen Potentiale beider Länder innerhalb der EU-27 zusammen, zu schwach ist jedes einzelne im Zusammenspiel mit anderen europäischen Partnern in Abgrenzung zum Nachbarn östlich und westlich vom Rhein. Nord gegen Süd, West gegen Ost, Arm gegen Reich – latente Konfliktlinien innerhalb der EU kristallisieren bzw. neutralisieren sich am Zustand und an der Perspektive des französisch-deutschen Verhältnisses – auch im siebten Jahrzehnt des Integrationsprozesses. Entsprechend gilt es zu handeln. Auch für Hollande, Wahlkampf hin oder her. Ein Schritt aufeinander zu, inhaltlich wie grundsätzlich-symbolisch, war die Kompromissfindung eines den Fiskalpakt flankierenden „Wachstumspakts“, der Hollande innenpolitisch das Gesicht wahren half, den Fiskalpakt in seiner Substanz doch nicht zu ändern, und der



didaten Hollande kühl hat abblitzen lassen, dass ohne das deutsch-französische Tandem, ohne den Gleichklang zwischen Paris und Berlin diese größte Bewährungsprobe Europas seit Beginn seiner

Angela Merckels Bereitschaft demonstrierte, zu inhaltlichen Kompromissen und damit fortan zu einem gemeinsamen Handeln mit dem französischen Präsidenten und dessen Regierung Willens

zu sein. Nein, Geschichte wiederholt sich nicht – und doch könnte der zeithistorische Blick zurück auf die Entwicklung des deutsch-französischen Verhältnisses ein Grund zu Hoffnung und Zuversicht sein.

Jenseits von „rupture“ und „Basta“

Seien es Giscard d'Estaing und Schmidt, Mitterrand und Kohl oder Chirac und Schröder – besonders vertrauens- und damit wirkungsvolle Zusammenarbeit gelang, jenseits der wegweisenden Anfänge von de Gaulle und Adenauer, über den Rhein hinweg immer dann, wenn eine „(partei-)lagerübergreifende“ Verständigung nötig war. Die Chance für ein solches Gelingen in der Sache, gepaart mit wachsendem Vertrauen im Persönlichen, stehen auch jetzt, nach Verfliegen des Wahlkampfrauschs und trotz der erheblichen Irritationen um das Agieren Hollandes an der Seite Mario Montis auf dem denkwürdigen EU-Gipfel Ende Juni im Grunde recht günstig, handelt es sich doch sowohl bei Merkel als auch bei Hollande um pragmatische, sachorientierte, besonnene, uncharismatische Persönlichkeiten. Beide verbindet der Widerwille gegenüber einer Politik der „rupture“ (Sarkozy), beide lehnen eine Rhetorik des „Basta“ (Schröder) ab, beide personifizieren das Gegenteil eines „Bling Bling“-Politikers à la Berlusconi. Darauf lässt sich im persönlichen Verhältnis in politisch turbulenten Zeiten aufbauen. Hinzu kommt wesentlich die inhaltliche Übereinstimmung, ein Mehr an Europa denn ein Weniger erreichen zu wollen. Merkels Sentenz „Scheitert der Euro, scheitert Europa“, würde Hollande inhaltlich unterstreichen. Beide, Merkel wie Hollande, unterstützten in der Vergangenheit die Pläne für eine Europäische Verfassung: Die deutsche Regierungschefin suchte nach dem Scheitern derselben die wesentliche Substanz in den Vertrag von Lissabon zu retten, während Hollande innerhalb seines *Parti Socialiste* gegen erhebliche Widerstände für ein Ja zur Verfassung gekämpft hatte. Eine ähnliche Persönlichkeitsstruktur, ein vergleichbarer Politikstil und ein übereinstimmendes Problembewusstsein im Hinblick auf die europäische wie die jeweils nationale Ebene (wenn auch derzeit – noch – unterschied-

liche Lösungsansätze) stellen wichtige Voraussetzungen dafür dar, dass das deutsch-französische Tandem im fünfzigsten Jahr des Elysee-Vertrags wieder an Fahrt gewinnt.

Im Übrigen ist der innen- wie europapolitische Problem- und Reformdruck so groß, dass es dazu kaum eine seriöse Alternative geben kann. Weder François Mitterrand im Frankreich Anfang der 1980er-Jahre, noch Gerhard Schröder im Deutschland Ende der 1990er-Jahre hatten mit jener Agenda ihre Wahlen gewonnen, mit der sie im Rückblick politisch wie wissenschaftlich für ihre Verdienste gewürdigt werden. Mitterrand hat seinen anfänglichen Linkskurs schnell zugunsten einer erfolgreichen gemäßigten sozialdemokratischen Politik hinter sich gelassen und Schröders Meriten verbinden sich mit seinem Mut zur Agenda 2010. Kurzum und wenig überraschend: In der Mitte statt im linken Spektrum liegt der Schlüssel zum Erfolg – auch für den neuen Präsidenten der Republik. Dieser hat die Macht, die Parlamentsmehrheit, die Zeit von fünf Amtsjahren und – katalysatorisch verstärkend – den akuten Problemdruck, sich dieser Vorläufer zu vergewissern und die Mitte anzusteuern. Die zwei Jahre, die seinerzeit Mitterrand brauchte, hat Hollande heute nicht. Was Sarkozy in fünf Jahren nicht gelungen ist, kann, ja muss seinem Nachfolger nun in kürzester Frist gelingen. Hollandes Agenda 2020: Frankreichs Gesellschaft und Wirtschaft zu stärken, Reformen zu plausibilisieren und konsequent zu realisieren und in Europa mutig voranzugehen. Nicht mit neuen, im Grunde schwachen Partnern, von denen Hollande im Übrigen weiß, dass sie wirtschaftlich nicht in der Lage sind, um die Bundesrepublik, ökonomisch und fiskalisch nach wie vor die Zentralmacht in Europa, zu dominieren oder gar zu isolieren. Sondern an der Seite eben jener Regierungschefin, die in ihrer bislang siebenjährigen Amtszeit unter Beweis gestellt hat, dass und wie sie sich auf neue Konstellationen einzustellen vermag – und gewillt ist: persönlich wie politisch. Eine Konstellation, die trotz aller Probleme des Anfangs, im Lichte von Wahlkampfversprechen und Wirklichkeitserfordernissen, durchaus Anlass zu Zuversicht gibt: für das deutsch-französische Verhältnis, für das vereinte Europa, für Frankreich.